

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. RM. 1.80, vierteljährl. RM. 5.40. — frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande RM. 5.40. — einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 7. — RM. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Reutlingen, Zweigstelle Waldbad. Bankkonto: Direction d. Discountgefl., Zweigst. Waldbad, Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum RM. 18.—, auswärts RM. 20.—, Reklamezeile RM. 50.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Ankaufsteilung werden jeweils 10 RM. mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Rechtsgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 275

Gericht 179

Waldbad, Donnerstag, den 23. November 1922

Gericht 179

57. Jahrgang

Wie wird die englische Politik sein?

Die Wahlen in England, die im Unterhaus eine konservative Mehrheit von 71 Stimmen über alle anderen Parteien zusammen geschaffen haben, sind nicht dahin zu deuten, als ob die Mehrheit des englischen Volks noch überwiegend im Geist des Kriegs und des Friedensvertrags festgehalten sei. Man darf, wie der „Köln. Zig.“ geschrieben wird, nicht übersehen, daß das mangelhafte Wahlergebnis mit dem Auskommen von drei und mehr Parteien und dem Verschwinden des alten Zweiparteiensystems (Konservative und Liberale) eine Minderheitsregierung d. h. eine Regierung, die sich nur auf eine Minderheit der Wähler stützt, herbeiführt. Nach den für die Regierung günstigen Berechnungen sind für die Regierung rund 5,7 Millionen Stimmen abgegeben worden und gegen sie über 8,5 Millionen. Die Regierung erhielt sogar eineinviertel Millionen Stimmen weniger als nur die Arbeiterpartei und die Unabhängigen Liberalen zusammen. Bei einem proportionalen Wahlsystem wäre aus der tatsächlichen Regierungsmehrheit von über 70 eine Minderheit von etwa 200 geworden!

Diese Berechnungen schaffen die Tatsache natürlich nicht aus der Welt, daß die neue Regierung nun eine durchaus genügende Mehrheit besitzt, und sie werden auch ihre Autorität nicht untergraben, solange sie das Programm treu bleibt, das ihr Haupt vor den Wählern war, nämlich einem Programm des Friedens, der Sparsamkeit und der Entkaltung von allen unstrittigen Maßregeln, wie sie ein Angriff auf den Freihandel, eine Umkehr in der irischen Politik usw. darstellen würden. Das von Bonar Law aufgestellte Programm entspricht ohne Zweifel der augenblicklichen überwiegenden Stimmung der Nation; jeder Versuch aber, unter dem Druck der „Diehards“, wie die Hochkonservativen genannt werden, von ihm abzugehen, würde die Regierung sofort in bittere Kämpfe verwickeln.

Wie wenig die Stimmung des Landes von der Stimmung der Wahlwahlen von 1918 abwich, zeigt auch der Erfolg, den gerade solche Männer im Wahlkampf erzielten, die wegen ihrer Haltung in der Frage der Kriegsschuld und der ganzen Politik des Versailler Friedens bekannt waren. Die alten Kriegsfreunde lief verhassteste Persönlichkeiten Großbritanniens, E. D. Morel, hat niemand Überlegener als Winston Churchill mit einer gewaltigen Mehrheit aus Dundee hinausgeworfen! Wirklich ein beachtenswertes Zeichen, dessen Bedeutung wohl selbst bei der Verkündigung seines überwältigenden Triumphs mit dem Ausruf betonte: „Wir haben einen großen Schlag geführt für die Ehlichkeit und die Moral in der Politik.“

Im allgemeinen herrscht die Ansicht, das Wahlergebnis sei das beste, das unter den vorliegenden Umständen möglich war. England besitze nun eine Regierung, stark genug, nach außen mit Ansehen zu sprechen und nach innen die Ruhe zu wahren. Und auch vom deutschen Standpunkt aus ist das Wahlergebnis nicht zu beklagen. Eine englische Regierung, gestützt auf die Arbeiterpartei und die Unabhängigen Liberalen, hätte in Deutschland in den Kreisen, die noch immer glauben, unsere Rettung könne von außen kommen, nur falsche Hoffnungen erweckt und wäre Frankreich gegenüber wahrscheinlich schwächer und ohnmächtiger gewesen, als es die heutige Regierung sein wird. Sollten die Franzosen sich einbilden, eine konservative Regierung bedeute eine Regierung, die nach ihrer Pseife tanzen werde, so steht ihnen eine große Enttäuschung bevor. Man darf nicht übersehen, daß weder in der heutigen Regierung noch in der konservativen Partei mit Bezug auf die auswärtige Politik Einmütigkeit herrscht, und daß einer ausgesprochenen franco-germanischen Richtung eine andere gegenübersteht, in der die Ueberlieferungen vom Gleichgewicht der Macht sehr stark sind. Am gefährlichsten bleibt an der neuen Regierung vom deutschen Standpunkt aus wohl eine ausgesprochene Neigung, die Bedeutung Europas für England zu unterschätzen und anzunehmen, England könnte in der Entwicklung der Geschäfte mit seinen Kolonien, mit Ostasien und Südamerika einen vollen Ersatz für Europa finden. Den Bemühungen Deutschlands, sich eine starke Regierung zu geben, steht man auch in den Kreisen der neuen Regierung mit voller Sympathie gegenüber, und in allen den Kreisen, auf welche sie in der Entschädigungsfrage hört, ist nur eine Stimme darüber, daß eine weise und starke deutsche Regierung nun ein für alle Mal mit der Politik, unter Druck und

Tagespiegel

In der Paulskirche in Frankfurt a. M. fand am Dienstag eine Kundgebung des Oesterreichisch-Deutschen Volksbunds für den Anschluss Oesterreichs an Deutschland statt. Solange die politische Vereinigung nicht zu verwirklichen sei, müssen die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen gepflegt werden.

Der französische Senat hat mit 156 gegen 134 Stimmen abgelehnt, in die Beratung des von der Kammer angenommenen Gesetzes einzutreten, das den Frauen das Stimmrecht erteilt.

Mussolini hat in Lausanne eine Aussprache über die erweiterten Ansprüche Italiens an die deutsche Kriegsschadigung durchgeführt; er verlangt, daß vor der Finanzkonferenz von Brüssel, die voraussichtlich am 15. Dezember stattfinden soll, noch eine Besprechung der drei Ministerpräsidenten abgehalten werde.

Hammy Macdonald ist zum Führer der englischen Arbeiterpartei gewählt worden.

Ilches zu versprechen, brechen muß. Frankreich gegenüber dürfte die englische Politik zunächst darauf gerichtet sein, möglichst beruhigend zu wirken. Mehr als solche allgemeine Andeutungen lassen sich vorerst nicht geben. Nach Lausanne dürfte man etwas klarer sehen.

Erwachendes Verständnis in Amerika

Senator Mc Cormick, der zurzeit die europäische Lage an Ort und Stelle studiert, ist Mitglied des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten. Als Senator Harding im November 1920 zum Präsidenten gewählt worden war, schickte er Mc Cormick in vertraulicher Sendung nach Europa, und man kann annehmen, daß Mc Cormicks Bericht die auswärtige Politik des Präsidenten in mehr als einem Punkt stark beeinflusst hat. Der Bericht ist nicht an die Öffentlichkeit gelangt, aber diejenigen, die sich das besondere Vertrauens des Senators aus Illinois erlauben, wissen wenigstens ungefähr, was er enthalten hat. Mc Cormick kam mit der Ueberzeugung zurück, daß die durch die Friedensverträge in Europa geschaffenen Zustände unhaltbar seien und daß es sicher keine zehn, wahrheitsgemäß aber keine sechs Jahre dauern werde, bis eine neue Ummwälzung diesen Zustand ein Ende machen werde. Er brachte ferner die Ueberzeugung mit, daß es im wohlverstandenen Interesse der Vereinigten Staaten liege, Deutschland nicht untergehen zu lassen, nicht bloß deshalb, weil Amerika den deutschen Markt für seinen Handel brauche, sondern auch, weil über Deutschland der Weg zu den mitteleuropäischen Märkten führe, deren Wiedergewinnung für den amerikanischen Handel geradezu als eine Lebensfrage betrachtet werden müsse.

Auch Senator Mc Cormick kann man jenen Amerikanern zuzählen, die längst erkannt haben, daß ihrem Land mit dem Krieg gegen Deutschland kein Dienst erwiesen worden ist. Wie auch der verstorbenen Bundes Senator Stone von Missouri es eingestanden, man habe die größte Dummheit gemacht, von der die Geschichte Kenntnis hat, als man Deutschland den Krieg erklärte.

Von dem Besuch, den Mc Cormick Deutschland vor zwei Jahren machte, ist er nicht befriedigt zurückgekehrt. Seine Ansicht war, seinen Aufenthalt in Berlin dazu zu benutzen, den Kreisen, die über die Mittel verfügen, Wege zu zeigen, auf welchen sich ein besseres Verständnis mit den Vereinigten Staaten herbeiführen lasse. Aber diese Kreise haben ihn augenscheinlich nicht verstanden, ihn auch wohl nicht verstehen wollen. So hat man sich in Deutschland die Gelegenheit, einen einflussreichen Freund zu gewinnen, entgehen lassen. Wenn man gut beraten ist, macht man diesen Fehler nicht zum zweiten Mal. Es sollte in Deutschland verstanden werden, daß der Wunsch, Deutschland und das deutsche Volk besser kennen zu lernen, als man es bisher gekannt hat, und die Bereitwilligkeit, Deutschland zu helfen, soweit es nach Lage der Verhältnisse im Bereich der Möglichkeit liegt, auch in solche Kreise Amerikas einzudringen beginnt, die sich bis vor kurzem noch ganz und gar ablehnend verhielten. Eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Presse wird es sein müssen, dieser Entwicklung Vorschub zu leisten, wo immer sich Gelegenheit dazu bietet.

Die Tarifpolitik der Eisenbahn

Der Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsdienst erklärt folgenden Mahnruf, der angesichts der Nachricht von der neuen 150proz. Erhöhung der Eisenbahnfrachten von besonderem Wert erhält. Zurzeit betragen die jetzt gültigen Tarife gegenüber denen von Januar dieses Jahres auf eine durchschnittliche Entfernungen von etwa 300 Kilometer berechnet rund

das 30. bis 32fache. Das Mitglied des Reichseisenbahnrats Riedel führte über die Tarife aus, daß sie innerhalb eines Zeitraums von sieben Wochen sich um nicht weniger als 350 o. H. erhöht haben, und daß diese Steigerung den Lebensunterhalt einer vierköpfigen Familie um rund 4000 Mark monatlich verleierte. Die Fracht für ein Bund Butter von Ostpreußen nach Berlin macht über 100 Mark aus, während ein Pfund Salz auf dem Weg von Mitteldeutschland nach Berlin über 10 Mark Fracht kostet. In einem Schreiben an den Verkehrsminister führt das Kaiserliche Institut aus, daß zurzeit die Frachten für die als Düngemittel verwandten Kalisalze das 56fache bis 1207fache der Vorkriegszeit betragen; während die Tarifierhöhungen für Kalisalze seit Ende Januar um das 35. bis 37fache stiegen, sei der Kalipreis selbst nur um das 8. bis 12fache heraufgesetzt worden. Die Tarifpolitik der Eisenbahn ist vor allem deshalb in ihren Auswirkungen so gefährlich, weil sie die geschäftliche Grundlage vieler Industrien völlig zerstört. Wie die Frachtpreise „Stahl und Eisen“ ausführt, bricht jetzt manche Industrie unter der Last der Eisenfrachten zusammen. Das gilt besonders für die gewerblichen Niederlassungen, die weit von der Kohlen- und Rohstoffquelle errichtet wurden in der sicheren Annahme, die Frachten werden in ihrem Verhältnis mehr oder minder gleich bleiben und ihre bei der weiten Entfernung verhältnismäßige Höhe werde durch geringere Löhne ausgeglichen. Und was schließlich die Ausfuhr angeht, so soll diese bei uns im Gegensatz zu der pfleglichen Behandlung, die andere Länder ihrer Industrie gewähren, nur immer neue drückende Auflagen tragen. Wie können z. B. die deutschen Seehäfen bei so hohen Nach- und Vorkrachten die Ein- und Ausfuhr an sich ziehen und verhindern, daß ausländische Häfen den Verkehr an sich reißen? Endlos löst sich die Frachtschraube nicht anziehen. An ihrem Ende stehen, das kann nicht zweifelhaft sein, Arbeitslosigkeit und völliger Zusammenbruch.

Das neue Geschäftsministerium

Berlin, 22. Nov. Der Reichspräsident hat gestern abend Geheimrat Dr. Cuno zum Reichskanzler ernannt. Die Ministerliste ist folgende: Reichsjustizminister: Dr. Heineke, Mitglied des Reichstags (D. Volksp.); Reichswirtschaftsminister: Dr. Becker-Hess, Mitglied des Reichstags (D. Volksp.); Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns, Mitglied des Reichstags (Zentr.); Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft: Dr. Müller-Sohn (Zentrum); Reichsfinanzminister: Dr. Hermes (Zentr.); Reichshandelsminister: Dr. Albert, Staatssekretär a. D. (Dem.); Reichswehrminister: Dr. Gehler (Dem.); Reichsverkehrsminister: Gröner; Reichspostminister: Stinagl, Staatssekretär der Abteilung München des Reichspostministeriums (Bayer. Volkspartei). Ueber die Befehung des Reichsministeriums des Innern ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Die Verhandlungen mit dem als Reichsminister des Auswärtigen in Aussicht genommenen Diplomaten werden nicht vor heute abend zum Abschluß kommen.

Laut „Vossischer Zeitung“ wird voraussichtlich eine Beschleunigung der Vorstellung der neuen Regierung im Reichstag notwendig werden. Statt des Donnerstag sei jetzt der Freitag für die Programmrede des Reichskanzlers in Aussicht genommen. Die Sitzung am Sonnabend solle der Aussprache über die Regierungserklärung gewidmet sein.

Das „Berliner Tageblatt“ nennt das gestern abend zustandgekommene neue Kabinett ein außerhalb der Parteien stehendes, das jedesmal von neuem darauf angewiesen sei, sich das Vertrauen einer Majorität im Parlament zu erwerben. Die endgültige Ministerliste weise Persönlichkeiten zum Teil an politisch entscheidender Stelle auf, die als Bürger des demokratisch-republikanischen Gedankens anzusehen seien und die die Aufgabe haben würden, die abgerissenen Fäden nach links wieder anzuknüpfen und einem späteren Eintritt der Sozialdemokratie in das Kabinett die Wege zu ebnet.

Die „Vossische Zeitung“ kommt zu einem anderen Urteil. An diesem Kabinett ist besonders auffällig, daß der volksparteiliche Führer Dr. Becker-Hess in das Kabinett eintritt. Dadurch wird noch deutlicher, als das bisher schon zur Schau trat, daß das Kabinett Cuno statt eines unparteilichen Geschäftsministeriums oder eines Kabinetts der Persönlichkeiten ein ausgesprochen politisches Kabinett der Arbeitgemeinschaft, und zwar ein Kabinett des rechten Flügels, der in der Arbeitgemeinschaft vertretenen Parteien ist. Es sei nicht anzunehmen, daß dadurch die Stellung der Sozialdemokratie zu diesem Kabinett erleichtert wird.

Der „Vorwärts“ nimmt an der Ernennung Dr. Beckers zum Reichswirtschaftsminister den härtesten Anstoß. Das st. se schreibt das Blatt, das härteste Stück der neuen Ministerliste, denn Dr. Becker an diesem Posten bedeutet die Auslieferung des so ungeheuer wichtigen Amtes an rein kapitalistische Einklässe. Es ist vorauszusetzen, daß der Kampf

zwischen der neuen Regierung und der Sozialdemokratie in der Führung des Reichswirtschaftsamts seinen Brennpunkt finden wird.

Kampferwechsel und Böse

Berlin, 22. Nov. Die „Kreuz-Zeitung“ weist darauf hin, daß der Dollarkurs in bemerkenswerter Weise auf die Ministerkrise „reagiert“ habe. Ein Dollar kostete am 7. November 8600 Papiermark, am 8. November sogar 9125, am 10. November nach Abfindung der deutschen Note 7775. Der Dollar stieg dann bis zum 13. November wieder auf 8075, nach dem Rücktritt von Dr. Wirth fiel er am 14. November auf 7100. Die Ungewißheit der beiden nächsten Tage erfuhr eine geringe Steigerung. Der Dollar notierte 7425 und 7437. Am Nachmittag des 16. November wurde die Beratung Cunos nach. Der Dollar sank auf 6700, am 18., da die Aufgabe Cunos zu scheitern drohte, notierte der Dollar 6975, und am 21. November, da die Kabinetsabfindung durch ihn gesichert ist, 6175. Auch die Marknotierung in Newyork hat gleichen Schritt mit diesem Steigen und Fallen des Dollars in Berlin gehalten, was nicht immer der Fall ist.

Neue Nachrichten

Teuerungszulagen der Beamten

Berlin, 22. Nov. Die Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit den Vertretern der Beamten und staatlichen Angestellten haben nach Blättermeldungen folgendes Ergebnis gehabt: Der prozentuale Teuerungszuschlag zum Grundgehalt, Ortszuschlag und den Kinderzuschlag wird ab 16. November von 49 auf 120 Prozent erhöht. Der Frauenzuschlag von 1000 M wird verdoppelt. Die Auszahlung der Mehrbeträge soll beschleunigt durchgeführt werden.

Streik im Berliner Kohlenhandel

Berlin, 22. Nov. Die Transportarbeiter im Berliner Kohlenhandel haben die Arbeit niedergelegt. In einer Reihe von Fällen wurden die zuständigen Behörden von Bäckereibetrieben angerufen, in denen die benötigten Kohlenmengen infolge der Arbeitseinstellung ausgeblieben waren. Vor allem macht sich aber der Streik auf den Berliner Güterbahnlinien fühlbar, wo die Kohlenwaggons nicht entladen werden können. In Berlin treffen durchschnittlich täglich 600 Waggons Kohle ein. Die Reichsbahn benötigt aber jetzt zurzeit des stärksten Kohlen- und Kartoffelverkehrs jeden Waggon aufs dringendste. Von den zuständigen Behörden werden Schritte erwogen, um eine Entladung der Kohlenzüge zu ermöglichen.

Wettere Plünderungen

Braunschweig, 22. Nov. In der ganzen inneren Stadt wurden gestern abend nach einer aufreizenden Versammlung schwere Plünderungen von Verkaufsläden verübt. Die Schutzpolizei mußte mit blanker Waffe einschreiten. Kraftwagenkommandos streifen durch die Stadt.

Berlin, 22. Nov. Da nach den Ermittlungen der Polizei in nächster Zeit mit der planmäßigen Fortführung der Plünderungen zu rechnen ist, hat der Polizeipräsident alle öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen verboten.

Das Deutsche Haus in München

München, 22. Nov. Zahlreiche Mitglieder des Reichstags und des Reichsrats, sowie des bayerischen Landtags beschickten gestern den Neubau des Deutschen Museums unter Führung dessen Schöpfers, Oskar v. Miller. Miller stellte in Aussicht, daß das Werk 1924 der Öffentlichkeit übergeben werden könne. 51 Millionen seien zum Bau des Hauses bereits gespendet. Für die inneren Bauarbeiten sei aber noch eine Summe von 300 Millionen notwendig. — An die Besichtigung schloß sich ein Frühstück. — Warum es wieder ein „Museum“ sein und nicht ein „Deutsches Haus“ schlechthin, ist nicht einzusehen.

Die deutsche Ironie in Frankreich

Paris, 21. Nov. Bei den Kammerverhandlungen über den Haushalt des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten erläuterte Arbeitsminister Le Troquer u. a. die Pläne für die Ruykarmachung des Rhone- und des Rheinlaufs. In Stuttgart sei mit einem Kapital von 300 Millionen Mark eine Gesellschaft zum Bau eines Kanals für

Was mein einst war.

Roman von Fr. Lehne.

51. (Nachdruck verboten.)
Erdmüte machte eine ungeduldige Bewegung. „Ich bin doch nicht stübtisch, Papa — aus einem solchen Grunde — —! Ich bitte dich, nein! — — Alles steht in dem Briefe da — — lasse es dir von ihm selbst sagen.“ Sie gab dem Vater den Brief, den sie am Mittag geschrieben.
„Nein, Erdmüte! Du mußt mir den Grund sagen! So kurz vor der Hochzeit —! Zum Gespött will ich nicht werden.“
„Ich würde zum Gespött, Papa, würde ich jetzt noch Otto Felsens Frau —“ entgegnete sie betont.
„Du redest in Rätseln, Kind! Was ist vorgefallen? Ich muß es wissen! Ist dir etwas Nachteiliges zu Ohren gekommen?“ Der Baron war sehr aufgeregt.
„Zu Ohren nicht, Papa —“ bemerkte sie ruhig.
„Dann ist es Laune —! Und Launen gebe ich nicht nach, Erdmüte, wenn du meine Güte so stark auf die Probe stellst!“
„Laune, Papa —?“
Sie lächelte unbestimmt. Dann überlegte sie. „Ich sehe es ein, daß ich es dir doch sagen muß! Nun denn: ich bin gewöhnt, nicht zu teilen! Am allerwenigsten aber mit einem Dienstmädchen.“ Auf den erkannten fragenden Blick des Vaters berichtete sie, was sie beobachtet.
Der Baron war empört. Aufgeregt ging er umher. Er schüttelte wie nicht begreifend den Kopf.
„unerhört —! Ich werde ihm darüber meine Ansicht sagen! Aber wegen dieser allerdingens grenzüberschreitenden Taktlosigkeit und Entgleisung deine Verlobung mit ihm zu lösen — hast du es dir wirklich überlegt? Es ist ein schwerwiegender Schritt — sprich dich mit ihm aus.“
„Ich habe es mir reichlich überlegt. Meinst du, Papa,

Fahrzeuge von 1200 Tonnen gegründet worden. Rellere Kanäle seien vorgesehen, darunter namentlich der Wasserweg vom Main zur Donau. Die Arbeiten für den letzteren werden 500 Millionen Goldmark erfordern. Das Reich und Bayern werden in großem Maßstab zur Verwirklichung dieses Projekts beitragen. Der Minister zählte 18 deutsche Pläne auf, die 2750 Kilometer Binnenwasserweg und 512 000 Pferdekraft bei 4 Milliarden Goldmark Ausgaben schaffen würden. Die gleichen Leistungen wende Deutschland für Eisenbahnen und die Handelsmarine auf. Die französische Regierung sei dieser Lage gegenüber der Ansicht, daß sie berechtigt sei, von Deutschland die Ausführung derselben Arbeiten in Frankreich zu fordern, die es in seinem Lande auszuführen verweigere (!) und zu verlangen, daß es Materialien und Arbeitskräfte stelle. (!) Gegen einen derartigen Plan könne in Frankreich keinerlei Bedenken geben. Die französische Industrie stehe ihm freundlich gegenüber. Das Programm sei nicht unvereinbar mit der Deutschland auferlegten Verpflichtung zu Sachleistungen für die Kriegsgabiele. Die Entschädigungskommission habe es einstimmig gebilligt. Die deutsche Regierung habe im Grundsatz nichts einzuwenden gehabt.

Harding für eine große Handelsflotte

Washington, 22. Nov. In seiner Ansprache im Kongress bekräftigte Präsident Harding die Gesetzesvorlage für Staatszuschüsse an die private Schifffahrt. Es gebe kein anderes Mittel, eine große Handelsflotte zu schaffen, die im Frieden dem amerikanischen Handel dienen und im Krieg bei der Landesverteidigung helfen könne. (So läßt sich auf Umwegen die berühmte „Flottenabrüstung“ wieder gut machen.) Der Ausschuß beantragt, den Post- und Reisedampfern einen höheren Zuschuß zu geben, weil sie durch das Verbot, an Bord alkoholische Getränke zu verkaufen, in den Einnahmen beeinträchtigt seien.

Ein amerikanischer Entschädigungsplan

Newyork, 22. Nov. Auf dem Handelstag der Südstaaten legte der Vorsitzende einen Plan vor, wie nach Ansicht der Handelskreise Deutschland seine Kriegsentchädigung lösen könne. Die Schuld müsse auf 12 Millionen Dollar (rund 50 Milliarden Goldmark) herabgesetzt und in der Weise bezahlt werden, daß die jährlichen Zinsen und ein halbes Prozent der Schuldkapital abgeführt und auf die Schuldsumme angerechnet werden. Diese Leistung würde Deutschland, nach dem Urteil aller Sachverständigen, zu tragen imstande sein.

Verchiebung des Kassentags

Konstantinopel, 22. Nov. Die Regierung von Angora hat die feierliche Amtseinführung des Kalifen Abdul Medschid, der seinen Sitz voraussichtlich in Konstantinopel behalten wird, auf Freitag verschoben. Die englische Botschaft hatte am Tag der Konferenzöffnung eine militärische Kundgebung mit 50 Fliegern gemacht, die über der Stadt kreisten.

Der Weltkrieg war nur halb — laut Mussolini

Paris, 22. Nov. In einer Unterredung des Berichterstatters des „Matin“ mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini soll dieser gesagt haben: Frankreich hat ganz recht, wenn es mit seinem schlechten Frieden unzufrieden ist, denn der Krieg ist nicht bis zu den natürlichen Folgen fortgeführt worden. Die Franzosen hätten ihn müssen in Berlin und die Italiener in Wien und Budapest beendigen; der Feind hätte an der Gurgel gefaßt werden müssen. Jetzt merken die Franzosen, daß sie wenig Aussicht haben, zu erreichen, was man ihnen schuldig ist. Deutschland will nicht bezahlen; es ist überdies gefährlich. Vor einigen Monaten habe ich mich auf Reisen durch Deutschland davon überzeugt. Es ist auch für Italien bedrohlich, denn Tirol ist nur ein geographischer Begriff. Innerhalb weniger Tage wird die öffentliche Meinung Frankreich vielleicht zu einer Handlung treiben; es wird nicht anders können, selbst wenn es für den Augenblick zu spät für die Erfüllung seiner Forderungen sein sollte. Frankreich würde in diesem Fall gegen die Ansicht der meisten Länder und gegen seine eigenen Interessen handeln, es würde ein Deutschland vor sich haben, hinter dem Sowjetrußland steht. Ich sehe Europa am Rande des Chaos. Die bolschewistische Torheit des Offens wird sich auch des nachts

daß ich mich dem aussetzen möchte, ein zweites Mal das Opfer einer solchen Taktlosigkeit und Entgleisung zu werden? Ich konkurriere nicht mit Dienstmädchen und dergleichen!“ sagte sie hochmütig. „Also, Papa, bitte, wenn du mich nicht quälen willst — kein Wort mehr darüber! Eine Aussprache zwischen Otto und mir würde nur peinvoll für beide Teile sein — und doch ohne jedes Ergebnis, denn ich bin ganz fertig mit Otto.“
Befehrend sah der Baron Erdmütes Hände. „Kind, bedenke doch, die Verwandten und Freunde! Was wird man sagen — die Hochzeit war vor der Tür —“
„Noch sind die Einladungen ja nicht fortgeschickt! Und was man sagen wird —? Die Verwandten und Freunde geben mir nichts, wenn meine Ehe unglücklich wird.“
„Du bist zu diffizil, mein Kind —! Nein, denke ja nicht, daß ich Otto entschuldigen will, das ist durchaus nicht meine Absicht — im Gegenteil, ich verdamme ihn ebenso wie du — aber, wie alles liegt — könnte man nicht diesmal doch ein Auge zudrücken? Ich weiß ja, wie teuer du Otto bist — jeden Tag hast du den Beweis —“
Erdmüte sah den Vater an und lächelte ausdruckslos und bezeichnend. Der Baron wurde ein wenig rot. „Nein, Kind, ich will ihn keineswegs in Schutz nehmen! Schließlich aber bist du letzten Endes der leidtragende Teil! Was müssen andere Frauen schweigend erdulden —“
„Aber ich gehöre nicht zu diesen Frauen, Papa! Alles oder nichts! Glaubst du, ich könnte den Gedanken ertragen, mitleidig, spöttisch von meinem Dienstmädchen angesehen zu werden? Es gibt Dinge, über die eine feinfühligere Frau nicht hinwegkommt, und dieser Fall gehört dazu.“
Eine gewisse Erregung klang jetzt doch bei diesen Worten aus Erdmütes Stimme — sie fühlte sich tief gedemütigt — und wenn sie den Verlobten geliebt hätte, wäre diese Demütigung noch viel größer gewesen!
„Ich habe kein Vertrauen mehr zu Otto! Und um der Welt willen mache ich keine schwächlichen Zugeständ-

schreitenden Deutschlands bemächtigen. Bolschewismus und Kriegssucht ergänzen sich wunderbar, um die bestehenden Verträge umzuklopfen und gesunde soziale Formen durch einen ungeheuren Irrwahn zu verdrängen. Ich glaube nicht an die Widerstandsfähigkeit Europas dagegen, oder ich glaube an die mächtige Tugend der westlichen Zivilisation, wenn alle ihre Kräfte vereinigten. Hier sehe ich den großen Faschismus der Verteidigung westlicher Kultur und Gesellschaftsordnung gegen Haß und Zerschlagung. Belgien, Frankreich und Italien auf dem Festland, und England an ihrer Seite, wenn es seine wahren Interessen versteht (darüber brauchte es ja wohl die Belehrung Mussolinis, D. Schr.), das ist der Bund, mit dem man den verhängnisvollen Einflüssen des Offens widerstehen kann. In diesen Bund muß England erhabenen Hauptes wie eine Großmacht unter Gleichgestellten eintreten. Mit Frankreich wünsche ich ein Abkommen zum Austausch der Naturerzeugnisse und Arbeitskräfte, ein militärisches Einverständnis gegen alle möglichen Fälle und ein politisches Einverständnis, durch das man sich verpflichtet, bei allen europäischen Regierungen die gleiche Haltung einzunehmen. Wer hätte gedacht, daß Mussolini auch so ein ungeheurer Schwadronier wäre!

Aus der Lausanner Dunkelkammer

London, 22. Nov. Wie Reuter berichtet, herrscht unter den in Lausanne anwesenden Zeitungsberichterstattern große Unzufriedenheit über die Beschränkung der Veröffentlichung der Konferenznachrichten. Die Verhandlungen sind streng zueinander und dürfen nur die Meldungen vom Konferenzsekretär, der Privatsekretär Poincarés ist, verbreitet werden.

Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ meldet, das in letzter Stunde zwischen England und Frankreich erzielte Übereinkommen, das anscheinend durch eine übermäßige Anstrengung Lord Curzons gegen den hartnäckigen Widerstand Poincarés erzielt wurde, werde wohl allmählich bei den Friedensverhandlungen und bei der Brüsseler Entschädigungskonferenz zutage treten. Man höre die Deute sagen, daß es der Rhein-Dardanellen-Handel sei, der das Tageslicht nicht vertragen könne. Auf Grund dieser geheimen Abmachungen soll Frankreich, nach einer Meldung aus Kairo, beschlossen haben, Nordsyrien nicht an die Türkei zurückzugeben (wie vor einiger Zeit von Boukton versprochen worden war), sondern die Stadt Aleppo zu befestigen.

Mussolini für die Zulassung der Russen

London, 22. Nov. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“ meinte Mussolini, die Vertreter Sowjetrußlands sollte man zu den Geheimverhandlungen und Ausschüßberatungen zulassen. Es bestehe doch keine nahe Aussicht, die bolschewistische Regierung zu stürzen, und wenn man ihr zu sehr vor den Kopf stoße, treibe man sie nur den Deutschen in die Arme.

Württemberg

Stuttgart, 22. Nov. Reise des Staatspräsidenten nach Berlin. Staatspräsident Dr. Hiebel und Finanzminister Dr. Schall haben sich vorgestern abend nach Berlin begeben, um an den Beratungen der Vertreter der Länder mit der Reichsregierung teilzunehmen.

Stuttgart, 22. Nov. Vom Landtag. Der Finanzausschuß erledigt die Kapitel 40 bis 47 des Kultushaushalts. Das Ministerium sicherte eine erhebliche Erhöhung des Zuschusses für Umzugskosten für Geistliche und Beamten zu, weil unbestreitbar ein Notstand vorliege. Eine Eingabe der Gemeinde Ebingen um Ablösung der Naturalobligationen gegenüber den Kirchen bezw. den Geistlichen wurde mit 9 Stimmen (Bp., Dp. und Zentr.) gegen die 4 sozialistischen Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. Die Eingabe betr. Umbau des kath. Priesterseminars wurde auf den demnächst kommenden Nachtrag zum Haushalt zurückgestellt, ebenso die Frage der Gehaltsgleichstellung der Geistlichen beider Konfessionen und eine Eingabe um Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für die israelitischen Kultuskassen.

ep. Stuttgart, 22. Nov. Evangelische Landeskirchenversammlung. Die evangelische Landeskirchenversammlung begann am Mittwoch mit den Beratungen über ihre Stellungnahme zu dem Entwurf des staatlichen

nisse — ich gebe mich selbst und meine Persönlichkeit nicht auf —“

Unwillkürlich drängten sich ihr diese Worte, die ein anderer zu ihr gesprochen, auf die Lippen, und vor ihren Augen erstand ein stolzes, gebieterisches Gesicht, mit festem, energischem Mund, an das sie immer denken mußte!

„Otto kann ja reifen und allem aus dem Wege gehen — und wenn er es wünscht, werde ich sogar die ganze Schuld auf mich nehmen — mir soll es wirklich nicht darauf ankommen —“

Erdmüte lächelte ironisch. Der Baron sah die Tochter an. Sie war ihm ein Rätsel — fast leicht wollte sie einen Schritt tun, vor dem Tausende doch zurückschrecken würden! Entweder war sie in ihrem maßlosen Stolz so tief getränkt, daß es für sie kein Ueberlegen mehr gab — oder aber, sie liebte den Verlobten gar nicht —

Jedoch wagte der Baron den Gedanken nicht weiter auszuspinnen, als er in das verschlossene Gesicht der Tochter blickte, geschweige, daß er ihm Ausdruck gab.

Schweren Herzens mußte er endlich einsehen, daß alle seine Bemühungen umsonst waren. Erdmüte ließ sich trotz aller Bitten und Beschwörungen nicht umstimmen, und ihm lag nun die undankbare Aufgabe ob, Graf Felsen von dem Beschluß seiner Braut in Kenntnis zu setzen. — —

Graf Felsen war außer sich darüber; doch er mußte erleben, daß seine Annäherungs- und Versöhnungsversuche gar keinen Erfolg hatten — Erdmüte blieb unverwundlich, und in seiner Eitelkeit aufz tiefer verletzt, ließ er seine Koffer packen und reiste ab.

Erdmüte blieb auf Eggersdorf, obwohl ihr Vater ihr den Vorschlag gemacht hatte, ebenfalls zu reisen, um unliebamen Erörterungen aus dem Wege zu gehen.

Fortsetzung folgt.

Kirchenverfassung. Der Präsident der Oberkirchenbehörde Dr. von Zeller wies auf die Pflicht der Landeskirchenversammlung hin, den Entwurf unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob er dem in Artikel 137 der Reichsverfassung gewährleisteten Selbstverwaltungsrecht der Kirche entspreche und die Entfaltung ihrer Kräfte, sowie ein reibungsloses Verhältnis zwischen Staat und Kirche ermögliche. Zwischen der evangelischen Kirche und dem Staat bestehen keine grundsätzlichen Gegensätze. Der Entwurf, dem in den Grundbüssen zugestimmt sei, sollte in dieser und jener Richtung noch eine Verbesserung erfahren. Es sei zu hoffen, daß die kirchlichen Wünsche berücksichtigt werden und durch baldige Verabschiedung des Gesetzes freie Bahn bestehe für das Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung.

Landeskirchenpräsident Dr. Mager-Heilbronn und Prälat Dr. Holzinger-Ludwigsberg legten hierauf als Berichterstatter den Standpunkt des kirchenrechtlichen Ausschusses dar. Sie anerkennten den Entwurf als geeignete Grundlagen, wenden sich aber gegen die Umschreibung der kirchlichen Zwecke durch ein Staatsgesetz, gegen die allzusehr ins Einzelne festgehaltene Staatsaufsicht in Steuerfragen, sowie dagegen, daß die Bestimmungen über die Landeskirchensteuer erst in unbestimmter Zukunft in Kraft treten: Dem Staat, was des Staates ist, und der Kirche, was ihr gebührt, damit sie zum besten des Volkes wirken könne.

Ludwigsburg, 22. Nov. Jubiläum. Im Kreise des Offiziersvereins Alt-Württemberg hat dieser Tage der einjährige Kommandeur des Infanterie-Regiments 121, Generalleutnant a. D. Oskar v. Boffert, sein 50-jähriges Militärjubiläum feiern können.

Jenny, 22. Nov. Bemerkenswerter Geschäftsabschluss. Zwischen einem hiesigen Geschäftsinhaber und einem in der Nähe wohnenden Landwirt ist kürzlich ein Handel zustande gekommen, der an die schöne Zeit vor dem Krieg erinnert. Ein Zentner Dehnd wurde zu 5 M. verkauft unter der Voraussetzung, daß das Pfund Lebendgewicht des zu erwerbenden Rohls zu 1 M. abzugeben wird.

Sigmaringen, 22. Nov. Schwierigkeiten in der Brotversorgung. Der hiesige Kommunalverband befindet sich in großen Schwierigkeiten bezüglich der Brotversorgung, da er von der Reichsgroßhandelsstelle mit seinem Antrag auf Getreide auf die Umlage im eigenen Bezirk verwiesen ist und bis jetzt verhältnismäßig wenig Getreide zur Ablieferung gelangte.

Stuttgart, 22. Nov. Der Tarif des württ. Chorleiterverbands lautet: 1. Stufe bis zu 30 Sänger 700 M. monatliches Gehalt, 2. Stufe bis zu 60 Sänger 1000 M., 3. Stufe bis zu 90 Sänger 1250 M., 4. Stufe bis zu 100 Sänger 1400 M., 5. Stufe bis zu 130 Sänger 1600 M., 6. Stufe bis zu 150 Sänger 2000 M., 7. Stufe bis zu 180 Sänger 2200 M., 8. Stufe bis zu 200 Sänger und darüber 2400 M.

Heilbronn, 22. Nov. Ueberfahren. Der Lokomotivführer Wilhelm Engel von hier wurde auf der Station Osterburken von einem Schnellzug überfahren und getötet. Die tödlich Verunglückte hatte einen Güterzug übersehen, um nach Wasser zu sehen, das er für seine Maschine benötigte. Im gleichen Augenblick kaufte ein Schnellzug daher, der ihn geriet.

Urad, 22. Nov. Großfeuer. Das Hefelgebäude der Flachspinnerei Roth u. Schüle A.-G. ist samt Vorratslager am Dienstag mittag vollständig abgebrannt. Der Schaden an Maschinen und Hochbau wird auf 80 Millionen Mark geschätzt, derjenige an Flach und Garn ist noch weit höher, ist aber durch Versicherung gedeckt. Der Betrieb kann nur beschränkt weitergeführt werden. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt.

Freigabe deutschen Eigentums in Amerika

Der Generalanwalt Daugherty hat am 3. November über dreihundert Befehle unterzeichnet, durch die Eigentum von Deutschen, das während des Kriegs beschlagnahmt wurde, diesen zurückgegeben wird. In einem Brief, den der Generalanwalt an einen Freund in Ohio schrieb, betonte er, daß dieses Eigentum überhaupt niemals hätte beschlagnahmt werden sollen, und daß er froh sei, es den rechtmäßigen Eigentümern zurückgeben zu können, ohne daß diese sich deswegen an die Gerichte zu wenden brauchen. Die Ansprüche seien so zahlreich, daß ihre Erledigung selbst beim besten Willen längere Zeit in Anspruch nehmen müsse. Das Justizamt habe die Entdeckung gemacht, daß die Beschlagnahme vielfach im schreiender Verletzung der bestehenden Gesetze und des Völkerrechts erfolgt sei. In allen diesen Fällen werde die sofortige Rückgabe verfügt werden, obgleich die Ansprüche auf dem üblichen gerichtlichen Wege erledigt werden müßten.

Baden

Mannheim, 22. Nov. Die Zahl der Wohnungsuchenden beträgt in Mannheim 10 000. Davon zählen rund 7500 zu den Dringlichkeitsfällen. Nahezu 2000 Ehepaare müssen sich mit möblierten Zimmern begnügen. 2500 der Wohnungsuchenden Familien haben keine selbständige Wohnung, sondern sind bei Eltern oder Verwandten untergebracht. Von den zurückgestellten Wohnungsgesuchen sind über 600 von Verlobten eingereicht, von denen bereits 94 Kinder, aber keine Aussicht auf Wohnung haben. In zwei Fällen wohnen neun Personen in einem Zimmer ohne Küche, in zehn Fällen leben Personen in einem Zimmer ohne Küche und in 20 Fällen sechs Personen in einem Zimmer ohne Küche. Um den Dringlichkeitsgesuchen abzuhelfen, wären etwa 20 000 Wohnräume notwendig.

Wiesloch, 22. Nov. Die hiesige Wohnungscommission hat ihr Amt niedergelegt mit der Begründung, daß viele Wohnungsuchende ein rohes Benehmen an den Tag legen und weil das wilde Zu- und Eingehen Fremder und Einheimischer in Wohnungen immer mehr zunimmt, ohne daß der Wohnungscommission gesetzliche Mittel in die Hand gegeben sind, dagegen einzuschreiten.

Heidelberg, 22. Nov. Der bekannte Naturwissenschaftler Geh. Hofrat Dr. August H. v. S. feierte am 20. Nov. seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlaß wurde ihm von der Technischen Hochschule Karlsruhe die Ehrenbürgerwürde verliehen.

Soziales

Wildbad, den 23. Nov. 1922.

Zeitungsmontagsbezug durch die Post. Mit Wirkung vom 1. Januar 1923 an ist die Anordnung getroffen worden, daß die Zeitungen und Zeitschriften entweder mit einer monatlichen Bezugszeit oder wie bisher mit viertel-, halb- oder ganzjähriger Bezugszeit zum Postvertrieb angemeldet werden können. Für monatlich zu beziehende Zeitungen werden auch die Zeitungsgelder allmonatlich von den Bezüglern ein-

bezogen. Bestellungen auf zwei Monate werden im Inlandsverkehr nicht mehr ausgeführt; der Bezügl. hat in solchen Fällen die Bestellung von Monat zu Monat zu erneuern. Der Uebergang vom Vierteljahrsbezug zum Monatsbezug ist nur zu Beginn eines Vierteljahrs gestattet. Für den Auslandsverkehr gilt auch weiterhin das Vierteljahr.

Eine Zeitung, die nichts kostet. Alles jammert über die teuren Zeitungen. Ich verstehe das nicht, schreibt ein Schlau-berger in der „Augsburger Postzeitung“. Ich finde, daß diese nicht nur nichts kosten, sondern sogar profitabel sind. Ich abonnierte mir z. B. im Januar, Februar einige Zeitungen. Sie versorgten mich mit guten Lesestoff, zeigten mir Geschäftsmöglichkeiten usw. Nach dem Lesen lasse ich die Zeitungen liegen, liegen und nochmals liegen. Heute ist die Makulatur, das Altpapier, mehr wert, als mich damals die Zeitungen gekostet haben. Außerdem dient noch ein Teil der Blätter für hauswirtschaftliche Zwecke. Viele wissen nicht, daß das Papier ein vorzügliches Mittel zum Fensterputzen, zum Gefährtreinigen usw. ist. Wenn Schieber und Spekulanten allerlei Waren liegen lassen, bis sie steigen, warum soll ich nicht meine Zeitung liegen lassen, bis mir der Papierhändler so viel bezahlt, daß ich mindestens den Bezugspreis zurückhabe? Bis jetzt hat diese „Spekulation“ immer geklappt.

Erpreßguttarif. Auf wiederholte Vorstellungen der badi- schen und württembergischen Regierung hat der Reichsverkehrsminister angeordnet, daß sich die ständige Tariftommission der Deutschen Eisenbahnen, in der auch die Landwirtschaft, das Gewerbe und der Handel vertreten ist, mit der Frage befasse, ob und in welcher Weise der Erpreßguttarif den Verhältnissen in Baden und Württemberg wieder mehr angepaßt werden könnte. Die in der ständigen Tariftommission hiernach aufgenommenen Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Die Veteranenbeihilfe. Auf das Verlangen der Reichstagsabgeordneten General von Gailwig und D. Mumm auf Erhöhung des Ehrensoldes für Kriegsteilnehmer von 18/071 erteilte der Reichsminister der Finanzen folgenden Bescheid: „Die Höhe der Kriegsteilnehmerbeihilfe — des sogenannten Ehrensoldes oder der Veteranenbeihilfe — beträgt zurzeit monatlich 50 M. Sie setzt sich zusammen aus der gesetzlichen Beihilfe von 12,50 M. nach dem Gesetz vom 19. Mai 1913 und der einmaligen in Monatsraten zahlbaren Beihilfe von 39,50 M. Anstatt der fortdauernden außerordentlichen Teuerung ist beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. 1. Nts. eine weitere einmalige in Monatsraten zahlbare Beihilfe von monatlich 100 M. zu gewähren, so daß der bisher gezahlte Ehrensold eine Erhöhung um 200 v. H. — mithin auf 150 M. — erfahren würde.“ — Der „Ehrensold“ wird also 150 M. betragen, wofür man derzeit noch 120 Gramm Margarine kaufen kann.

Die Getreidevorräte, die sich in der Hand der Reichsgroßhandelsstelle befinden (Umlage und Einfuhr) sichern nach amtlicher Mitteilung die Brotversorgung bis Anfang Februar. Die Einfuhr war 1922 größer als im Vorjahr. Die Ablieferungsfrist für das erste Linsgedrittel wurde wegen der ungünstigen Bitterung vom 31. Oktober bis Ende November verlängert. Die Ernährungslage bereitet immerhin noch gewisse Sorgen. Die Kartoffelversorgung geht glatt vor sich.

Gegen die Nacharbeit im Bäckergewerbe. Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe hält in Baden und der Pfalz Versammlungen ab, in denen gegen die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit in den Konditoreien und der Nacharbeit im Bäckergewerbe Widerspruch erhoben wird.

Allerlei

Der Hofzug des Kaisers. Nach einer Vereinbarung zwischen der holländischen Staatsbahnverwaltung und der deutschen Reichseisenbahnverwaltung wird vom 4. Dezember an ein neuer Luxuszug von Hoel von Holland nach Berlin und umgekehrt je dreimal wöchentlich ausgeführt, der nur Reisende 1. Klasse befördert. Von Holland nach Deutschland ist ein Baggagezuschlag von 20 Gulden zu bezahlen. Der Zug fährt drei Salonwagen, wovon einer ausschließlich für holländische Reisende vorbehalten ist. Der ganze Zug wird aus dem ehemaligen Hofzug des Kaisers gebildet.

Ein württembergischer Kardinal. Wie aus Rom gemeldet wird, beabsichtigt der Papst, beim nächsten Konsistorium unter anderen den Kaiser Erle, früheren Leiter der vatikanischen Bibliothek, zum Kardinal zu ernennen. Peter Erle stammt aus Jenny. Er besitzt eine erstaunliche Belesenheit und beherrscht eine große Zahl fremder Sprachen.

Das deutsche Nationaltheater in Weimar erhebt von Tschechien den zehnjährigen Eintrittspreis.

Lukas Cranach. Zur Feier des 450. Geburtstages von Lukas Cranach des Älteren (8. November) veranstaltete die Vaterstadt des Künstlers, die Stadt Kronach, im Rathaus einen Festakt, an dem der Cranach-Forscher, Stadtbaurat Werner, den Festvortrag hielt. Werner hat neues Quellmaterial über Cranach aufgefunden und unterbreitete dies bei dieser Gelegenheit zum erstenmal der Öffentlichkeit. Danach kann der wirkliche Familienname des altdeutschen Malers nachgewiesen und auch das Elternhaus des Künstlers festgestellt werden. Cranach hieß mit dem Familiennamen Mäler. Sein Vater war der Kunstmaler Hans Mäler, sein Bruder der Kunstmaler Matthes Mäler; nach den neuen Funden kann der ganze Stammbaum der Familie bis auf mehrere Geschlechter aufgestellt werden. Das bisher für das Elternhaus angegebene „Schwarze Eck“ ist nicht das Geburts- haus des Künstlers, es steht vielmehr oben am Marktplatz, ein unscheinbares Gebäude, das die letzten Jahrhunderte über kaum Beachtung gefunden hat.

Bluffauger auf dem Zehntausendmarktschein. In der rechten Ecke der Zehntausendmarktschein befindet sich das Kopfbild — bis über die Schulter — eines deutschen Arbeiters. Auf- fallend ist dessen weiblicher Gesichtsausdruck. Man drehe den Schein herum, daß sich das Arbeiterbild links oben befindet. Die gesamte Halspartie zeigt nun ein deutliches spitzes Gesicht mit etwas langer Nase (Nasenpitze bis zum linken Ohrfläppchen des Arbeitergesichts); die linke Kopfpartie bildet eine weiche runde Wähe, die rechte Kopfpartie bildet einen Halschal, die Weste stellt die Haare (oder ein Kopftuch) dar. Der Mund der Begierkopfes, dessen eingefallene Backen sichtlich Saugbewegungen des Mundes darstellen, liegt an der Halsschlagader des Arbeiterkopfes! Nun weiß man doch, warum der Arbeiter ein so weibliches Gesicht macht. Das Arbeiterbild ist in dem Porträt so deutlich, daß man, wenn man es einmal erkannt hat, ohne weiteres immer die beiden Köpfe sieht.

Die Preise im Buchhandel. Ein Schulmann Stuttgarts erkundigte sich kürzlich nach dem Preis eines Schulbuches für Physik in verschiedenen Buchhandlungen Stuttgarts. Der Preis für dasselbe Buch schwankte — man höre und staune — zwischen 600 und 4700 Mark.

Der Buchdruckerstreik in der Schweiz hat sich fast auf alle größeren Städte ausgedehnt. In Lausanne und Basel wird von den Verlegern eine gemeinsames Nachrichtenblatt herausgegeben. Die Gehilfen haben die von den Verlegern vorgeschlagene Lohnherabsetzung abgelehnt und einen erhöhten Tarif verlangt.

Wenn schon, denn schon. Der Kreistag von Lieben- wald (Prov. Sachsen) genehmigte einen kommunalistischen Antrag, die Regierung zu ersuchen, sämtliche Vermögen über eine Million Mark bis zu 90 Prozent ihrer Höhe zu beschlag- nehmen und die daraus entstehenden Einkünfte „für soziale Zwecke“ zu verwenden.

Schloßraub. Aus dem Silbergemälde des Schlosses in Sondershausen wurden 109 echt silberne Teller mit Verbrand und 24 echt silberne Schüsseln im Gewicht von 230 Pfund und im Wert von 15 Millionen Mark gestohlen.

Hessige Erdbeben wurden am 19. und 20. November in Ägypten, besonders in der Gegend von Cataignac und Fremontin veripürt. Eine Anzahl Häuser sind stark beschädigt worden.

Das nächste Erdbeben wird in der Nacht zum Freitag um 1 Uhr und das übernächste in der Nacht zum Sonntag, ebenfalls um 1 Uhr, sein, und zwar auf deutschem Boden, im Rhöngebirge. Allerdings handelt es sich nicht um natürliche, sondern um künstliche Beben, die man hervorruft, um dabei geophysikalische Streitfragen zu untersuchen. Mit Mitteln der Hindenburgstiftung und der Rotgenossenschaft der deutschen Wissenschaft wird nämlich das geophysikalische Institut der Universität Göttingen zu den angegebenen Zeiten auf dem Hebelstein in der Rhön große Sprengmassen ent- zünden, um dann die Wirkungen der Explosion genau zu beobachten. Es geht da um zweierei: einmal will man den Verlauf der Erdbebenwelle feststellen, d. h. Richtung und Geschwindigkeit der durch die Entladung verursachten Bewegungen in der Erdkruste; zum andern gilt die Untersuchung der Ausbreitung des auf den Knall entstehenden Schalls, ihrer Abhängigkeit von der Temperaturrichtung und der Luftfeuchtigkeit, der Grenzen der „Zone des Schweigens“ und der Zurückwerfung des Schalls in das Gebiet jenseits der Schweigzone. Ähnliche Versuche sind kürzlich (23. Oktober) in Odebroet bei Zwolle in Holland vorgenom- men worden.

Handelsnachrichten

Wollmarkt am 22. November 1922. — (6208.) —
Für die Umrechnung fremder Währungen bei der Berechnung des Wechselkurses sind bis auf weiteres folgende Mittelwerte festgesetzt: 1 Pfund Sterling 27 200 M.; 1 franz. Fr. 410 M.; 1 belg. Fr. 380 M.; 1 Schweiz. Fr. 1100 M.; 1 Euro 250 M.; 1 Dolek 900 M.; 1 Yen 20 M.; 1 finn. Mark 170 M.; 1 holländ. Gulden 2300 M.; 1 schwed. Krone 1600 M.; 1 dän. Krone 1200 M.; 1 deutsch.-öster. Krone 0,08 M.; 1 tschech. Krone 100 M.; 1 ungar. Krone 2,40 M.; 1 norweg. Krone 1100 M.; 1 poln. Mark 0,35 M.; 1 türk. Piaster 30 M.; 1 argent. Peso (Gold) 5000 M.; 1 argent. Peso (Papier) 2200 M.; 1 chilen. Peso (Papier) 600 M.; 1 brasil. Milreis 680 M.; 1 japan. Yen 2000 M.; 1 bulgar. Bana 40 M.; 1 Per.-S.-Dollar 8000 M.; 1 mexikan. Goldpeso (Golddollar) 2000 M.; 1 lettland. Rubel 22 M.; 1 estn. Mark 16 M.; 1 jugosl. Dinar 100 M.; 1 jugosl. Krone 25 M. Diese Verordnung tritt am 23. November 1922 in Kraft.
Die Reichseisenbahnverwaltung war nach amtlicher Mitteilung infolge der großen Ablieferungen an den Feindverband genötigt, im September große Kohlenankäufe in England zu machen, wodurch ein Mehrverbrauch im laufenden Jahr für Kohlen gegenüber dem Inlandspreis von 58 Milliarden Mark entsteht. — Wenn Deutschland dafür die Kohlen in England kauft und die Engländer dieselbe glänzende Geschäft machen, so wird die englische Regierung auch wohl kaum Veranlassung nehmen, in der Entscheidungskommission für eine Herabsetzung der deutschen Zwangsablieferung einzutreten. Wie wäre es, wenn die Reichseisenbahn die Kohlen einmal von Amerika kaufte?
Anleihe der Stadt Berlin. Die Stadt Berlin hat zur Fertigstellung städtischer Anlagen bei dänischen Banken eine Anleihe von 300 Millionen Mark auf 50 Jahre aufgenommen. Die Rückzahlung erfolgt durch einen Betrag, der dem Kronenwert von 300 Millionen Mark zur Zeit der Ausgabe entspricht.
Weltere Wehrvermehrung. Die Schiedsrichter-Mehrer- einigung hat heute den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 6 von 48 000 auf 45 000 M. weiter ermäßigt.
Die Richtpreise für württ. Brennholz aus der Erzeugung des Jahres 1922 in der handelsüblichen Weichenschnitt mit höchstens 40 Prozent Wasser- und Aschegehalt werden mit Wirkung vom 18. November 1922 an für Maschinenholz auf 400 M. für Hand- sichten auf 320 M. je für 1 Zentner frei verladen Abgangstation bis auf weiteres festgesetzt. Der Preis für geringwertigeren Brenn- holz ist entsprechend zu ermäßigen. Die aufgestellten Tarifab- gangenspreisen dürfen zur Deckung ihrer Betriebskosten dem Handlortpreis bis zu 8 Prozent zuzüglich.
Selzwerk Heilbronn A.-G. verteilt eine Dividende von 20 Pro- zent der verträglichste Gewinnaufschlag der Stadt Heilbronn beträgt 904 283 Mark.
Bek. Holzverkauf im Forstamt Schwanenried ist für Kambholz bis zu 120 000 M. der Festmeter bezahlt worden, das ist für Echn- ware ca. 180 bis 190 000 M. der Festmeter und bedeutet rund das 400fache des Festmeterspreises.
Stuttgarter Börse, 22. Nov. Trotzdem die Arbitrage heute infolge des Schusses der Börsen in Berlin und Frankfurt untauglich war, hat das Geschäft an der hiesigen Börse heute einen größeren Umfang angenommen. Man ließ sich durch die schwächere Haltung des Devisenmarkts nicht beeinflussen und verkehrte in recht fester Haltung. Weinauf der ganzen Linie hatten die Kurse zum Teil ansehnliche Erhöhungen anzukündigen. Man bleibt fest.
Kemptener Butter- und Käsebörsen. Butter: Durchschnittspreis 961,25 (Vormode: 719,19). Umlauf 46 003 (48 464) Pfd.; Weiskäse mit 20 Prozent Fettgehalt: 329,00 (276,92) M., Umlauf 305 539 (342 191) Pfd., Mq. Rundkäse 449,51 (402,04) M., Umlauf 194 506 (120 221) Pfd. Ohne Verpackung und ohne Fracht.

Wärkte

Ulmer Schlachtlehmarkt, 22. Nov. Zufuhr: 17 Stück Groß- gweil, 50 Kälber und 26 Schweine. Erlös aus je 1 Zentner Lebend- gewicht: Bullen 1 17 500—18 000, 2. 14 000—16 000, Jungrinder 1. 19 500—20 000, Kühe 2. 12 000—14 000, 3. 7500—9000, Kälber 1. 28 000—30 000, 2. 26 500—28 000, 3. 22 000—25 000, Schweine 1. 45 000—46 500, 2. 39 000—43 000, 3. 32 000—35 000 M. Markt- verlauf: belebt.

Schweinemarkt Ludwigsburg vom 21. Nov.: Zufuhr 161 Milch- schweine, 4 Läuferweine. Preise für ein Paar Milchschweine 19—29 000 M., Läuferweine —. Marktverlauf: Die hiesige Zufuhr ist eine starke. Verkauf wurden 88 Milchschweine, Läuferweine wurden keine abgesetzt. Der Verkauf ging infolge der hohen Preise schleppend.

Defer Reichsminister des Innern

Berlin, 22. Nov. Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Mitglied des preussischen Landtags, Dejer, ist zum Reichsminister des Innern ernannt worden.



Gemeinderatswahl.

Die Wahl findet am Sonntag, den 17. Dezbr. 1922, unter Leitung eines Wahlvorstandes statt und zwar im:
Wahlbezirk I mit dem Stadtteil A rechts der Enz und den Parzellen Kleinenhof, Windhof und Lautenhof, Wahllokal Rathaus.
Wahlbezirk II mit dem Stadtteil B links der Enz und den Parzellen Grünkütte, Hochwiese, Lehenfägmühle, Kollwasser, Sommerberg und Ziegelhütte, Wahllokal Altes Schulhaus.
Wahlbezirk III mit den Parzellen Sprollenhaus, Christophshof, Rälbermühle, Kollhänsele, Nonnenmühl und Sprollenmühle, Wahllokal Schulhaus in Sprollenhaus.

Auf die Dauer von 6 Jahren sind 8 Mitglieder des Gemeinderats neu zu wählen.

Auszuwählen haben die Herren:

1. Koch, Fritz, Zimmermeister,
2. Schmid, Hermann, Metzgermeister,
3. Schill, Wilhelm, Maurermeister,
4. Blumenthal, Carl, Hofphotograph,
5. Wader, Wilhelm, Fabrikarbeiter,
6. Baufert, Hermann, Schlosser,
7. Baehner, Christian, Schuhmachermeister,
8. Eitel, Karl, Installateur.

Die Auszuwählenden sind wieder wählbar.

Die Wahlhandlung beginnt vormittags 9 Uhr und wird nachmittags 4 Uhr geschlossen. Nach dem für den Schluß der Wahlhandlung bestimmten Zeitpunkt dürfen nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, welche im Wahlraum bereits anwesend sind. Die Wahl wird in einer ununterbrochenen Handlung durch unmittelbare geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten vollzogen. Nur diejenigen sind zur Wahl zugelassen, welche in die Wählerliste aufgenommen sind. Während der Wahlhandlung und der Ermittlung des Wahlergebnisses steht der Zutritt zum Wahlraum jedem Wahlberechtigten offen.

Die Wahl ist auf solche Bewerber beschränkt, welche in den öffentlich bekanntgemachten Wahlvorschlägen enthalten sind. Im übrigen wird auf Art. 78 der Gem.-Ordg. mit der im Regierungsblatt von 1919 S. 37 veröffentlichten Fassung verwiesen.

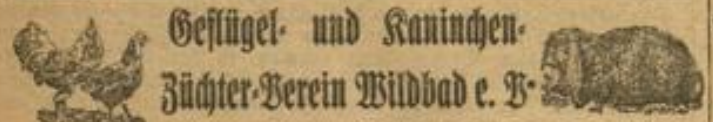
Die Wahlberechtigten werden zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufgefordert. Die Wahlvorschläge sind bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Wahlvorstandes schriftlich so zeitig einzureichen, daß zwischen dem Tag der Einreichung und dem Wahltag ein Zeitraum von mindestens zwölf vollen Tagen liegt, also spätestens am 4. Dezbr. 1922. Die Einreichung muß am letzten Tage, an dem sie zulässig ist, spätestens bis abends sieben Uhr erfolgt sein. Der Wahlvorschlag muß von mindestens zwanzig in die Wählerliste aufgenommenen Personen unterzeichnet sein. Im übrigen wird auf Art. 75 der Gemeindeordnung und den Anschlag am Rathaus verwiesen.

Vordrucke zu den Wahlvorschlägen können auf dem Rathaus abgeholt werden, soweit der Vorrat reicht.

Wildbad, den 22. November 1922.

Stadtschultheißenamt: Baehner.

Geflügel- und Kaninchen-Züchter-Berein Wildbad e. V.



Am kommenden Samstag, den 25. November 1922, abends 8 Uhr findet im Hotel gold. Ochsen

Mitgliederversammlung

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Jubiläumsausstellung.
2. Futtermittelbeschaffung.
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

NB. Diejenigen Mitglieder, welche sich an der bevorstehenden Ausstellung beteiligen wollen, werden ersucht, unbedingt zu erscheinen.

Diamant
keine Versandhausware



Fahrräder
prima Qualitätsmarke sehr preiswert

Niederlage in Wildbad: Carl Tubach jr.

Alleinverkauf für Wildbad und Umgebung.

Schuhhaus
W. Treiber
Ludwig-Seegerstr. 17.

Beachten Sie die Schaufenster mit den neuen Gesellschafts- und Strassen-Modeln.



Gedächtnis-Feier für die Gefallenen.



Am Sonntag, den 26. November 1922 findet in der hiesig. evangelischen Kirche beim Vormittags-Gottesdienst eine Gedächtnisfeier für die hiesig. gefallenen Einwohner statt. Unterzeichnete Vereine laden ihre Mitglieder zum gemeinschaftlichen Kirchgang ein. Antreten 1/4 Stunde vor Beginn des Gottesdienstes am Rathaus. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Krieger-Verein. Verein ehemal. Soldaten u. Kriegsteilnehmer. Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Turn-Verein. Liederkrantz. Fußballverein. Freiw. Feuerwehr. Schützenverein. Radfahrerver.

Bereinigte Gewerkschaften und wirtschaftliche Vereine Wildbads.

Am Sonntag, den 26. November 1922 finden

Vollversammlungen

betr. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl

statt und zwar

vormittags 11 Uhr in Sprollenhaus im Gasthaus zum „Hirsch“ und nachmittags 3 Uhr in Wildbad in der „Alten Linde“.

Wähler und Wählerinnen findet Euch pünktlich zu diesen Versammlungen ein. Es ist Euer eigenstes Interesse!

Linden-Lichtspiele



Morgen Freitag, den 24. Novbr., abends halb 9 Uhr und Sonntag, den 26. Nov., nachmitt. 4 Uhr und abends halb 9 Uhr

Der Wiener Großfilm!!! **Die schwarze Lu**

Abenteuer-Drama in 5 Akten.

Als Beiprogramm: Amerikanische Grotteske in 2 Akten!

„Der Meilenfresser“

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorstellungen pünktlich um 4 Uhr und halb 9 Uhr beginnen. Der Einlaß ist eine halbe Stunde vorher.

Bei Husten, Heiserkeit, Lungenleiden trinkt **Hama-Tee**

Bei Magenbeschwerden aller Art, saurem Aufstossen, Sodbrennen, Appetitlosigkeit etc., nehmt **Hama-Magentropfen.**

Vorrätig in der Stadt-Apotheke.

Beamte Wildbad.

Am Freitag, den 24. Novbr. punkt 8 Uhr abends findet im „Bahnhofshotel“ eine

Versammlung

zwecks endgültiger Stellungnahme zur Gemeinderatswahl statt. Hierzu sind sämtliche Staats- und Gemeindebeamte samt Anwärter und Pensionäre höflichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Gersters Nähmaschinen

liefert bei günstigen Zahlungs-Bedingungen unsere Zweigstelle **Andreas Binder, Pforzheim, Pfarrgasse 7.** Antrage per Postkarte, komme ins Haus.

W. B.-B.

Zu dem am nächsten Samstag in der „Krone“ in Calw. nach stattfindenden

Vortrag

des früh. Burenkommandanten **Koos Jooft** ist Einladung an uns ergangen.

Der Vorsitzende

Terpentin, Schuhcrem, Schuhfett gelb und schwarz.

A. u. W. Schmit. Med.-Drogerie.

LIEDERKRANTZ

Heute Donnerstag abend 8 Uhr **Zusammenkunft** der Mitwirkenden bei den Theatervorstellungen im alten Schulhaus.

Der Vorstand.

Ev. Kirchenchor.

Freitag abend 8 Uhr **Singstunde.**

Vollzähliges Erscheinen nötig.

Frauen! Ausschneiden!

Warten Sie nicht bis morgen, sondern schreiben Sie sofort, wie lange Sie kagen, helfe Ihnen sofort mit meinem ärztlich begutachteten hygienischen Mittel.

Garnitur Stärke I und extra starke Tropfen auch in den hartnäckigsten Fällen (organische Veränderungen ausgeschlossen). Erfolg oft in 1-3 Tagen ohne Berufshilfe. Garantiert unschädlich. Garantierschein jeder Sendung beigelegt.

Dankschreiben: Frau B. aus L. schreibt: „Ist mir nicht zum Erfolg. Besten Dank!“ - Frau E. Sch. aus G. schreibt: „Meine Nerven hatte ich von Ihnen wieder Sie weiter empfohlen.“ - Frau H. aus L. schreibt: „Vor einigen Monaten leidet wie Ihre Sendung vorzügliche Dienste, bitte dieselbe noch einmal.“

W. Gurski, Charlottenburg 2/213 Y Grolmanstraße 37.